

Telegraphische Depesche.

Wien, 21. April. Die „Wiener Zeitung“ meldet: Der Kaiser habe mittelst Handschreiben vom 22. den Freiherrn v. Bruck auf sein Ansuchen in den zeitlichen Ruhestand versetzt, und die Leitung des Finanzministeriums dem Reichsrath Ignaz Erlen v. Pleuer unter Verleihung der Geheimenraths-Würde provisorisch übertragen.

(Wiederholter Abdruck.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 24. April, Nachmittags 2 Uhr. (Angekommen 3 Uhr — Min.) Staatsschuldscheine 83 1/2. Prämien-Anleihe 113 1/2. Neuette Anleihe 104. Schles. Bank-Berein 72. Oberösterreichische Litt. A. 118 1/2. Oberösterreich. Litt. B. 110. Freiburger 81. Wilhelmsbahn 32 1/2 B. Meise-Brieger 53 1/2. Larnowitzer 29 1/2. Wien 2 Monate 73 1/2. Oester. Kredit-Aktien 69 1/2. Oester. National-Anleihe 58 1/2. Oester. Lotteriet-Anleihe 69 B. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 138 1/2. Oester. Banknoten 74 1/2. Darmstädter 60. Commandit-Anteile 78 1/2. Rhein-Minden 125 1/2. Rhein. Aktien 80. Deffauer Bank-Aktien 17 1/2. Medlenburger 46 1/2. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 48 1/2 B. — Fest.

Wien, 24. April, Mittags 12 Uhr 45 Min. Credit-Aktien 186, — National-Anleihe 79, 40. London 133, —

(Pres. Börs.-Bl.) **Berlin**, 24. April. Roggen: unverändert. Frühjahr 48 1/2, Mai-Juni 48 1/2, Juni-Juli 48 1/2, Juli-August 48 1/2. — Spiritus: 3-jährige. April-Mai 17 1/2, Mai-Juni 17 1/2, Juni-Juli 18 1/2, Juli-August 18 1/2. — Rübsl: behauptet. April-Mai 10 1/2, September-Oktober 11 1/2.

Inhalts-Übersicht.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Breslau. (Zur Situation.)
Preußen. Berlin. (Die Konferenzfrage. Die Bloomfiedischen Mittheilungen.) (Diplomatische Mähen.) (Eine preussische Depesche, betreffend die Bundes-Kriegsverfassung.) (Die allerhöchsten Orts befohlene Dislocation.) (Zum Hofe.)
Deutschland. Kassel. (Konflikt.) Wiesbaden. (Concordat.) Hannover. (Zum National-Verein.)
Oesterreich. Wien. (Die Concession für Ungarn.) (Herr von Bruck.) (Reichsrath v. Plener. Päpstliche Werbungen.)
Italien. Rom. (Mgr. Merode.) Neapel. (Der Aufstand in Sizilien.) (Das Schreiben des Grafen von Syraus an den König von Neapel.)
Frankreich. Paris. (Zur Tages-Chronik.)
Großbritannien. London. (Das Unterhaus.)
Feuilleton. Der Faustkampf. — Kleine Mittheilungen.
Provinzial-Zeitung. Breslau. (Tages-Bericht.) — (Polizeiliche Nachrichten.) — Correspondenzen aus: Regnitz, Löwenberg, Reichenbach, Oleisitz, Abnuit.
Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.
Pandel. Vom Geld- und Productenmarkte.
Inhalts-Übersicht zu Nr. 192 (gestriges Mittagblatt).
Telegraphische Depeschen und Nachrichten.
Preußen. 23. Sitzung des Herrenhauses. Berlin. (Amtliches. Zum Stieberschen Prozeß.)
Oesterreich. Triest. (Zum Prozeß Synatten.)
Großbritannien. London. (Parlament.)
Spanien. Barcelona. (Die Gefangennehmung des Prätenidenten.)
Local-Nachrichten.
Telegraphische Course u. Vörien-Nachrichten. Productenmarkt.

Breslau, 24. April. [Zur Situation.] Frhr. v. Bruch ist gestorben und zwar ein Paar Stunden früher, als der Welt durch die „Wiener Zeitung“ seine Entlassung aus dem Ministerium bekannt gemacht wurde.

Diese Entlassung ist für Oesterreich vielleicht noch bedeutsamer, als der Tod des berühmten Staatsmannes, so schmerzlich man denselben auch beklagen mag, und nicht die Börsen allein werden von der Nachricht affizirt werden.

An die Geschäftlichkeit und Energie des Herrn. v. Bruck allein knüpfen sich noch die Hoffnungen einer Besserung der österreichischen Finanzwirtschaft, und das Verlangen nach bürgerlicher Freiheit vertraute seiner Einsicht, daß dieselbe den innigen Zusammenhang einer vernünftigen Staatsfinanzwirtschaft mit ihr erkennen werde.

Zwar lauten die Nachrichten über die Differenzen, welche sich letztlich im wiener Kabinet erhoben hatten und durch das kaiserliche Handschreiben vom 19. April eine zeitweilige Vertagung fanden, ziemlich verworren; aber mindestens in dem einen Punkte stimmen sie überein, daß Herr v. Bruck zu derjenigen Partei gehörte, welche dem Uebergange des absoluten Regime's in verfassungsmäßige Zustände das Wort redete.

Der Schluß, welcher sich demnach aus seiner Entlassung folgern läßt, kann nicht tröstlich lauten, um so weniger, als unter den jetzigen Verhältnissen die Rahmlegung einer jeden Großmacht als ein allgemeines Unglück betrachtet werden muß.

Herr v. Bruck gehörte übrigens zu jenen Männern, welche ihr glänzendes Geschick lediglich sich selbst zu verdanken haben.

Karl Ludwig Frh. v. Bruck ist den 18. Oktober 1798 in Elberfeld geboren und trat bei einem Kaufmann daselbst in die Lehre; er conditionirte dann in Bonn und besuchte auch einige staatswissenschaftliche Vorlesungen.

Die Collegien an der dortigen Universität; gründete hierauf in Vonn ein kaufmännisches Geschäft, welches er aber bald wieder aufgab und ging 1821 nach Triest, wo er beim Lloyd eine Anstellung erhielt und 1827 zum Direktor desselben ernannt wurde. Von 1830 an erhielt er von der österreichischen Regierung mehrere Missionen in handelspolitischen Angelegenheiten an verschiedene Höfe Deutschlands und Italiens. Im Mai 1848 wurde er für die Stadt Triest Abgeordneter im Parlament zu Frankfurt und im August dieses Jahres österreichischer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt. In's österreichische Kabinet berufen, nahm er an den, am 4. März 1849 veröffentlichten Verfassungsarbeiten mit Stadion und Schwarzenberg wesentlich Theil und leitete nach Beendigung des österreichisch-sardinischen Feldzugs die Friedensunterhandlungen mit Sardinien. Nach Beendigung derselben organisirte er sein Kabinet, rief ein Handelsblatt, „Austria“, ins Leben, errichtete im Gesammtumfange der Monarchie die Handelskammern, vervollkommnete das österreichische Post- und Telegraphenwesen, nahm die Regulirungen der Theiß und Donau wieder in Angriff und unternahm die Lösung der Bergbahn über den Semmering u. Im Mai 1851 tra-

er aus dem Ministerium und kehrte nach Triest zurück; ging 1852 nach Berlin zum Abschluß des Handelsvertrags zwischen Oesterreich und dem deutschen Zollverein, wurde im Juni 1853 österreichischer Internuntius in Konstantinopel und Anfang 1855 von da zurückgerufen, wieder Finanz-Minister *).

Die europäische Diplomatie beschäftigt sich noch immer mit der Conferenzfrage, und wenn behauptet wird, daß eine Einigung stattgefunden habe, so kann dieselbe doch höchstens nur formell gefunden worden sein; insofern die Mächte die Nothwendigkeit anerkennen, gemeinschaftlich zu prüfen, inwiefern die Neutralität und Sicherheit der Schweiz durch die Annexion Savoyens von Frankreich gefährdet würde; aber der Fonds der Frage besteht darin, zu wissen: welche Verpflichtungen Frankreich eingehen müsse, damit durch die Einverleibung Savoyens die Garantie der Sicherheit und Unabhängigkeit, der die Schweiz sich zu erfreuen hatte, so lange Savoyen bei Piemont war, ihr nicht verloren ginge.

Die „Independoance“ beharrt auf der Authentizität des Schreibens des Grafen von Syrakus an den König von Neapel (s. unten), indem sie noch ein neues Detail hinzufügt. Der Graf von Syrakus habe nämlich eine Kopie des Briefes direkt an den Prinzen von Carignano, Cousin des Königs von Sardinien, abgesandt, worin er sich über die Motive seines Schrittes ausspricht, indem er hinzufügt: „im Falle sein erhabener Neffe auf dem bisher verfolgten Wege beharrte und sich weigerte die Konstitution von 1848 wieder einzuführen, würde er, der Graf von Syrakus, sein Schwert dem König Viktor Emanuel anbieten, um an dessen Seite für die Sache der Freiheit und italienischen Nationalität zu kämpfen.“

P r e u ß e n.

Berlin, 23. April. [Vom Hofe. — Vermischtes.] Ihre Majestät die Königin wohnte gestern Vormittag mit mehreren hohen Herrschaften, den Hofstaaten u. dem Gottesdienste in der Friedenskirche zu Potsdam bei; bei Sr. Majestät dem Könige verweilte während dieser Zeit der Hof- und Domprediger Smetlage, welcher um 10 Uhr nach Schloß Sanssouci gegangen war. Nachmittags machten Ihre Majestäten eine Spazierfahrt durch die königlichen Gärten, Charlottenhof u. kehrten etwa 4 Uhr wieder nach Schloß Sanssouci zurück. — Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent empfing heute Seine Hoheit den Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen, so wie den kaiserlich russischen General-Adjutanten und Gouverneur von Finnland, Grafen v. Berg, und die königl. Staatsminister v. Auerswald und Freiherrn v. Schleinitz, und nahm den Vortrag des Wirklichen Geheimen Rathes Maistre und des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungs-Rathes Costenoble entgegen.

— Sr. königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin traf gestern Früh in Begleitung eines Adjutanten von Schwerin hier ein, reiste aber auf der Anhalter Bahn sofort nach Altenburg weiter, wo er einige Tage an den dort stattfindenden Jagden theilnehmen wird.

— Unter dem Vorsitz Sr. Hoheit des Fürsten von Hohenzollern fand gestern Mittag 12 Uhr im königl. Schlosse Ministerrath statt. Der Staatsminister v. Auerswald und der Handelsminister v. d. Heydt fehlten wegen Unwohlseins. Der Letztere, der gestern noch das Bett hüten mußte, ist heute von seiner Erkrankung wieder hergestellt. — Der Minister des Innern, Graf von Schwerin, hat die Minister und mehrere andere hochgestellte Personen zu einem Diner eingeladen, das am nächsten Freitag in seinem Hotel stattfindet. (Pr. 3.)

— Der General-Major und Director des allgemeinen Kriegs-Departements v. Voigts-Rheß hat sich in dienstlichen Angelegenheiten nach Effen begeben. — Der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Major v. Blücher und der Rittmeister v. Brandenstein sind zur Beivohnung der hier stattfindenden Kavallerie-Exercitien von Schwerin eingetroffen.

— Wir haben schon gemeldet, daß das preussische Mitglied der europäischen Donau-Schiffahrts-Commission, Geheimer Regierungsrath Bitter, wieder nach Galacz abgereist ist, da die Wiederaufnahme der schwierigen und zeitraubenden Commissions-Arbeiten bevorsteht. Nach der jetzigen Lage der Dinge soll die Regulirung der Strom- und Schiffahrts-Verhältnisse der Donau-Mündungen in 1½ Jahren zu erwarten sein. Durch die Abreise des Geheimen Rath's Bitter widerlegt sich das Gerücht, welches denselben als künftigen Ober-Inspector der Rhein-Schiffahrt in Mannheim bezeichnete, an Stelle des wegen hohen Alters in den Ruhestand tretenden Herrn v. Auer. Nachst. Geh. Rath Bitter wird jetzt, wie die „Eberf. Z.“ meldet, vorzugsweise der Geh. Regierungs- und Baurath Nobiling für jenen Posten genannt.

— Nach der „Köln. Ztg.“ wäre es als sicher anzusehen, daß der Ober-Präsident z. D., früher Ober-Präsident von Sachsen und Posen, v. Bonin (Abgeordneter für Genthin), zum Ober-Präsidenten von Posen ernannt werden würde.

Der neue Director des statischen Bureau's, Geheimer Regierungsrath Dr. Engel, wird, wie die „A. Z.“ meldet, dasselbe erweitern und namentlich mehr Arbeitskräfte hinzuziehen. Auch beabsichtigt derselbe, wie früher in Dresden, eine Hypotheken-Versicherungs-Bank für Preußen und zwar mit einem Grundkapital von 10 Mill. Thlr. zu gründen.

— Man wird sich erinnern, daß bei den jüngsten Abgeordnetenwahlen in der Provinz Posen hin und wieder der polnische Clerus mit den jüdischen Wählern für gemeinsame Kandidaturen thätig war; unter Anderen ist durch eine solche Vereinigung polnisch-klerikaler und jüdischer Elemente die Wahl des Dr. Veit durchgeführt worden. Wie man vernimmt, hat diese Wahrnehmung dem Erzbischof von Gnesen und Posen zu einem abmahnenden Rundschreiben an die Geistlichkeit seiner Diocese Veranlassung gegeben, in welchem die Nachtheile dargestellt werden, die aus der Wahl jüdischer Vertreter in der

*) Wir entnehmen die oben stehenden biographischen Notizen Pierer's Universal-Lexicon, dessen Vortrefflichkeit für den Handgebrauch bekannt ist, und welches in seiner jetzigen vierten Auflage, der man das Prädikat einer vermehrten und verbesserten zuerkenntnen muß, bis zur 10. Lieferung des 9. Bandes gegeben ist.

Landes- und in der Communal-Repräsentation für die kirchlichen Interessen zu besorgen sind.

— Dem Vernehmen nach finden unter den Regierungen des süddeutschen Münzvereins Verhandlungen auf Anregung der königl. bayerischen Regierung statt, um die österreichischen Gulden und Doppelgulden als gesetzliche Zahlungsmittel bei den öffentlichen Kassen zuzulassen. In Baiern ist diese Zulassung bereits statuiert, in Sachsen wird sie bei den Post- und Eisenbahnkassen und bei allen fiskalischen Unternehmungen stillschweigend geduldet, dagegen sind die österreichischen Münzen von der Annahme bei den Zoll- und Steuerkassen ausgeschlossen.

3 **Berlin**, 23. April. [Die Konferenzfrage. — Die Bloomfield'schen Mittheilungen.] Auf die Frage: ob Konferenz oder nicht, läßt sich zur Stunde noch keine bestimmte Antwort geben, weil die Zustimmung des Tuilerien-Kabinetts sich noch immer in vieldeutigen Klauseln bewegt, welche einem endgiltigen Beschluß der übrigen Mächte erpessliche Schwierigkeiten machen. Von der einen Seite wird behauptet, Frankreich wolle die Aufgabe der Konferenz auf das denkbar engste Maß zurückführen, indem es derselben kaum ein anderes Votum übrig lassen werde, als die Bestätigung der „vollendeten Thatfachen.“ Dagegen wird von anderen Stimmen versichert, Napoleon werde die Abgesandten der europäischen Mächte bei dem Zusammentritt der nächsten Konferenz in die Lage bringen, eine Revision der Gesamtverträge von 1815 vorzunehmen. Die letztere Angabe ist kaum einer förmlichen Widerlegung bedürftig. Als gewiß kann allerdings von vornherein gelten, daß die Tendenz der napoleonischen Politik konsequent auf die Verneinung des im Jahre 1815 geschaffenen Besitz- und Rechtszustandes hinausläuft. Daraus folgt aber keineswegs, daß der Kaiser der Franzosen entschlossen sein sollte, das ganze Programm in einem Augenblick zu entfallen, wo Europa ihm schon mit tiefem Mißtrauen gegenübersteht und ein weiterer Anlaß die vorhandenen Keime einer Koalition gegen Frankreich zur schnellen Entwicklung bringen kann. In solch' einer Situation wird er um so leichter auf das theoretische Urtheil einer Diplomaten-Konferenz über die Verträge von 1815 verzichten können, als er die Kunst versteht, den alten Bau, thatsächlich zu untergraben und einem energischen Widerstand der Betheiligten vorzubeugen. Man darf daher mit viel mehr Grund annehmen, daß es dem Tuilerien-Kabinet darum zu thun ist, das Programm der Konferenz auf ein Minimum zu beschränken. Regelung der Bürgschaften für die Neutralität der Schweiz würde somit ausschließlich die Tagesordnung der selben bilden; doch bliebe den Mächten selbstredend die Befugniß, diesen Gegenstand nach Ermessen in weitester Ausdehnung zu behandeln. Wie verlautet, liegt es selbst in der Absicht Napoleons, die nach jahrelangen fruchtlosen Unterhandlungen noch immer nicht bei Seite gelegte Dappenthal-Angelegenheit mit der sardynischen Frage in Verbindung zu bringen, um vielleicht gelegentlich der Schweiz gegen ein Zugeständniß auf diesem Boden einen Gebietszuwachs am Genesersee in Aussicht zu stellen. — Die „Times“ beklagt sich über Ungenauigkeiten in der deutschen Uebersetzung der Depesche, welche Herr v. Schleinitz (in französischer Sprache) nach London gerichtet hat, um die bekannten Bloomfield'schen Mittheilungen in das rechte Licht zu setzen. Allein die Uebersetzung stellt sich nach Vergleich mit dem von der „Times“ angeführten Original-Text als durchaus sachgemäß heraus, und Herr v. Schleinitz acceptirt auch nach diesem Text nicht die Ausdrücke, in welcher die englische Depesche seine Eröffnungen wiedergab. Mit dem Bedauern der Lords Bloomfield und Russell mag nun die Sache zu Grabe getragen sein“).

C. S. [Diplomatische Mühen.] Die Stellung der Großmächte zur Schweizerfrage hat sich noch nicht geändert. Preußen und England

*) Die hier erwähnten Bloomfield'schen Mittheilungen über eine Unterredung des Herrn v. Schleinitz mit dem Fürsten de la Tour d'Auvergne, welche Ersterer so viel Aergerniß eingetragen hat, findet im 3. Theil des englischen „Blaubuchs“ seinen Abſchluß. Wir finden daselbst drei Depeſchen, darunter die Reſſamation des Herrn v. Schleinitz, ausgeſchrieben in der Depeſche an den Grafen Bernſtorff vom 1. April (S. Nr. 173 d. Z.), worauf Lord Ruſſell unterm 11. d. Mts. dem Lord Bloomfield die Weiſung giebt: „dem Herrn v. S. ſein Bedauern über die Veröffentlichung des betreffenden Aktenſtücks auszudrücken.“

„Berlin, 9. April 1860.

Ich habe die Ehre, die Uebersetzung eines Artikels aus der „Neuen Pr. Ztg.“ einzufenden, worin die von der preussischen Regierung beabsichtigte Veröffentlichung einer von Herrn v. Schleinitz an den Grafen Bernstorff gerichteten Depesche, enthaltend Erklärungen über den Auszug einer meiner Depeschen (III. Th. d. Blaub. Dep. Nr. 21), angeündigt wird. Diese sich nicht aus diesem Zeitungs-Artikel der Schluß ziehen, daß ich den Hauptinhalt der von Herrn v. Schleinitz mir gegenüber gemachten Bemerkungen ungenau wiedergegeben habe, so würde ich es kaum für nothwendig gehalten haben, ihn Ew. Vordr. zu zusenden; doch ist dies in sofern angezeigt, als dieser Artikel allem Anschein nach den Ton andeutet, den die Lokalpresse in dieser Angelegenheit wahrscheinlich anschlagen wird, und weil die Veröffentlichung der Depesche von Herrn v. Schleinitz zu einer erneuten Erörterung der betreffenden Angelegenheit unzweifelbar Veranlassung geben wird. Beim Durchlesen dieser Depesche sehe ich, daß Herr v. Schleinitz die Genauigkeit, mit welcher ich Ew. Vordr. das Wesentliche seiner Bemerkungen mitgetheilt, nicht so sehr in Frage zu stellen scheint, als vielmehr bemüht ist, einen Unterschied festzustellen zwischen dem Eindrucke, den meine Depesche hervorgebracht hat, und dem Eindrucke, den sie hervorgebracht haben würde, hätte sie alle jene Einzelheiten enthalten, in die er im Laufe seines Gespräches mit dem Fürsten de la Tour d'Auvergne, wie es scheint, eingegangen war. Die auszusprechende Veröffentlichung meiner Depesche vom 3. März hat nichtzuletztoweniger zu so vielen falschen Schlussfolgerungen in der deutschen und französischen Presse Veranlassung gegeben, daß ich mein Bedauern ausdrücken muß, irgendwie zu der dem Herrn v. Schleinitz verursachten Unannehmlichkeit beigetragen und ihn mit in die Nothwendigkeit versetzt zu haben, die erlässende Note vom 1. dieses an den Grafen Bernstorff zu richten, um die heftigen und ungerechten Angriffe abzuwehren, die während des italienischen Krieges gegen die Politik der preussischen Regierung gerichtet worden waren. Ich bin &c. Bloomfield.

Folgt als Beilage zu dieser Depesche ein Auszug des erwähnten Artikels der „N. Pr. Z.“, datirt vom 7. April.

